Nr. 2 XXVIII. Jahrgang — Sonnabend, 3. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13636, 13697, 17199. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2050. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 57 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 2.—; Reklamezeile, 91 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 5.—. Bei Ziffern- oder Nachweis 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 30 Pf.

Die wirtschaftliche Invasion Englands in Frankreich

Von unserm Mitarbeiter

Rotterdam, 28. Dezember.

Von dem Minister Loucheur wurde auf einer Londoner Festlichkeit anläßlich Clemenceaus Anwesenheit zum erstenmal der Name „Entente financière" gebraucht, um den Zuhörern ein treffendes Bild der gemeinschaftlichen Arbeit zu vermitteln, die „England und Frankreich miteinander aufs engste verbinden". Loucheurs Aeußerungen stimmen insofern mit den Tatsachen überein, als die englische Industrie in gewaltigem Umfange an den Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich interessiert ist, und das nicht allein; auch die französischen Kolonien, vor allem die afrikanischen mit dem jüngsten Zuwachs Marokko, sind zum größten Teile in die Hände englischer Unternehmungen geraten. Zwar belaufen sich die französischen Anteile auf rund 50—60 v. H. der Gründungskapitalien, aber die Lieferungen des Materials sind fast ausschließlich englisch, so daß diese Unternehmungen der britischen Industrie weitaus mehr zugute kommen als der französischen. Das hat Herr Loucheur nicht gesagt. Freilich steht dem gegenüber, daß die französischen Anteilhaber sehr schöne Dividende einkassieren. Für das neue Jahr stehen Dividenden von 8 bis 15 v. H. in Aussicht. Und das ist immerhin etwas, der französische Kapitalist kann mit den ersten Ergebnissen der „Entente financière" vollkommen zufrieden sein ...

Es sei hier auf die Tatsache hingewiesen, daß man in englischen Finanzkreisen gerade aus dem Zusammengehen französischer mit englischen Gruppen ein glänzendes Geschäft für die kommenden Jahre und — was begreiflich ist — eine wesentliche Wiederherstellung des Franken erwartet. Der größte Teil der englischen Banken, insofern sie sich für Industrien interessieren, rechnet mit einem guten Frankenkurs für die Mitte des kommenden Jahres. Es wird in England unglaublich „gehamstert". Der Frank ist eine Art Kapitalanlage geworden, die an Ergiebigkeit jeden Share übertrifft — wenn es so kommt, wie man es eben erwartet. Trotzdem spricht man nicht gern in England von dem „Geschäfte". Aus guten Gründen. Die „wirtschaftliche Invasion" Englands in Frankreich hat sich gerade in den letzten Monaten außerordentlich gesteigert. Wider Erwarten ist es der Engländer, der jetzt die guten Abschlüsse mit den französischen Großfirmen herausholt, während der Amerikaner, der — wie die Unternehmung des früheren amerikanischen Botschafters Baldwin beweist — riesenhafte Summen in Frankreich anlegte, heute bereits das Nachsehen hat. Infolge des hohen Dollarkurses und der mäßigen „Ortskenntnis" des Amerikaners gewinnt der englische Kaufmann fast überall die Oberhand, obwohl er — nach glaubwürdigen Berichten — nicht davor zurückscheut, Schundware zu liefern. Dagegen entwickelt sich der Ausfuhrhandel Frankreichs nach England sehr ungünstig. Die Klagen in den französischen Fabrikantenkammern wollen nicht aufhören ...

Das hat mit der von Loucheur gepriesenen „entente financière" nicht viel zu tun. Der französische Kaufmann möge klagen, wenn bloß die mächtigen Bank- und Unternehmergruppen auf ihre Rechnung kommen bei den gemeinschaftlichen Geschäften. Wie erwähnt, ist die englische Industrie mit starken Kapitalien in Nordfrankreich engagiert. Die „Compagnie Générale des Constructions et des Travaux Publics", deren Leiter Loucheurs Freund, Julien Perchot, ist, verbündete sich mit der mächtigen englischen Gruppe Alban Richards & Co, und hält beinahe den größten Teil der in Nordfrankreich zu verrichtenden Herstellungsarbeiten in der Hand. Die Ausbesserung der französisch-flandrischen Kanäle, die Anlage von Wasserkraftwerken, die Ausbesserung von Schleusen sind den Engländern zugewiesen: Die Aermelkanalhäfen werden von der genannten franko-englischen Gruppe reorganisiert, Boulogne soll, dank englischer Arbeit, ein großer Hafen werden, der bereits den Antwerpener Brüdern in die Augen sticht. Ueberall holt die englische Finanz und Industrie das Beste vom Besten heraus. Nicht einmal Brest, der Landungsplatz der Amerikaner während des Krieges, ist den Freunden jenseits des Atlantik zur Vergrößerung überlassen worden. Auch dort schaltet und waltet eine franko-englische Gesellschaft. Noch viel stärker tritt der englische Unternehmer in Marokko auf. Der Hafen von Mogador und zwei andre kleine Plätze werden von britischen Unternehmern einer besseren Leistungsfähigkeit zugeführt. Rollendes Material für neue Eisenbahnlinien in Marokko, hydro-elektrische Stationen und Brückenbauten sind „englische Konzessionen", wie aus einem Berichte der Alban-Richards-Cy. hervorgeht. Der weitaus größere Abschnitt der Tanger—Fez-Eisenbahn wird von Engländern gebaut.

Kein Wunder, daß sich verschiedene amerikanische Zeitungen, voran die Washingtoner „Evening Post", sehr beunruhigend über die „Entente financière" äußern und allmählich in ihrem Enthusiasmus für die „Beteiligung an dem Wiederaufbau Frankreichs" nachlassen. In Frankreich selbst weiß man sehr genau, wie stark sich der Verbündete jenseits des Kanals in der Republik und in den afrikanischen Besitzungen eingenistet hat. Man ist so weit gekommen, daß man aus der gewaltigen Beteiligung Englands an den großen industriellen Unternehmungen in Frankreich auf die Notwendigkeit eines anglo-französischen Bündnisses schließt; denn — so meint man — England werde stets seine wirtschaftlichen Interessen in Frankreich verteidigen. Loucheurs Wort ist also für viele Franzosen ein Trost und eine Hoffnung.

Der erste amerikanische Passagierdampfer

× Hamburg, 1. Januar. Der erste Passagierdampfer aus Amerika, der 18000 Tonnen große Dampfer „Mandschuria", ist von New-York auf der Elbe eingetroffen. Außer den Fahrgästen bringt er Schiffsausladung mit.

Verzögerung bis zum 12. Januar?

Den Friedenshoffnungen wird durch die neuesten Meldungen wieder einmal ein Dämpfer aufgesetzt. Wie „Petit Parisien" nämlich meldet, soll der 6. Januar nur als der Tag bezeichnet worden sein, an dem eine Unterzeichnung unter gewissen Umständen möglich sei, in Wirklichkeit aber stünde heute schon ziemlich fest, daß dieses Datum überschritten werden würde. Man könne heute annehmen, daß die endgültige Ratifikation nicht vor dem 10. Januar, ja vielleicht erst am 12. erfolgen würde. — Besondere Schwierigkeiten bereiten anscheinend die juristischen Fragen in den abzutretenden Gebieten. So berichtet der „Temps", die Vertreter Deutschlands beriefen sich auf die Bestimmung des Friedensvertrags, die die deutsche Gerichtsbarkeit in den der Volksabstimmung unterworfenen Zonen im Kraft lasse bis zu dem Augenblick, wo die Volksabstimmung stattfinde. Die Vertreter Deutschlands erklärten, daß diese Volksabstimmungsgebiete also der deutschen Jurisdiktion unterworfen bleiben müßten. Es würde sich im besonderen daraus ergeben, daß die dort wohnenden Personen wegen Landesverrats vor das Reichsgericht in Leipzig gestellt werden könnten. Das aber, meint das Blatt, wäre unvereinbar mit der loyalen Vorbereitung einer Volksabstimmung, und die Alliierten würden die widerrechtliche Auslegung der deutschen Vertreter natürlich nicht zulassen. Aber die deutschen Vertreter behielten sich vor, wenn sie es für nützlich halten würden, die Ansicht ihrer Regierung, ja sogar die Ansicht der deutschen Nationalversammlung zu hören. Weiter wird über die augenblicklichen Verhandlungen gemeldet:

Genf, 2. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet: Der deutschen Delegation wurde mitgeteilt, daß ihr im Anschluß an die Protokollunterzeichnung Gelegenheit zu Einwendungen gegen die noch unerfüllt gebliebenen Verpflichtungen des Waffenstillstandsvertrags gegeben werden soll.

Berlin, 2. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Havas-Meldung vom Mittwoch bleibt die französische Waffenstillstandskommission auch nach der Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland weiterbestehen, bis Deutschland alle rückständigen Waffenstillstandsverpflichtungen erfüllt habe.

Rotterdam, 2. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden: In Erwartung der Friedensratifikation werden inoffiziell in London große Anläufe von deutschen Noten zu spekulativen Zwecken vorgenommen.

Ueber die Folgen der endgültigen Unterzeichnung schreibt der Temps: Das Inkrafttreten des Friedens werde nicht mit einem Schlag alle Friedensprobleme lösen, alte würden bleiben und neue würden aufgeworfen. Namentlich werde man wissen müssen, ob es bei „alliierten und assoziierten Mächten" bleibe, oder ob man sich nicht kurzerhand „alliierte Mächte" nennen müsse. Bis jetzt sei der Friede von fünf Großmächten gemacht worden, vier alliierten Ländern, die die Entente darstellen, um den Frieden zu vollenden und ihn durchzuführen und einem Alliés, der amerikanischen Regierung. Werde die Zusammenarbeit der fünf Mächte anhalten? Oder werde man sich nur momentan der Mitarbeit Amerikas entäußern müssen? Das sei die Frage. Und nun spricht das Blatt nochmals die Lage durch, wie sie sich in Washington darstellt, und erörtert, daß sowohl die Adria-Frage als auch die türkische und die russische Frage nicht gut ohne Amerika gelöst werden könnten. Es handle sich darum zu wissen, ob man die Politik fortsetzen wolle, die zum Sieg geführt habe und die aus Frankreich den Faktor der englisch-amerikanischen Annäherung gemacht habe, oder ob man eine Politik an deren Stelle setzen wolle, die einzig und allein auf Dekreten und Verpflichtungen zwischen Frankreich und England sich aufbaue. Das Interesse der französisch-englischen Freundschaft selbst verlange, daß man nichts ohne Amerika tue. Der englische, der französische und der italienische Ministerpräsident müßten sich an Amerika wenden und ihm sagen: Beeilt euch zu ratifizieren, denn wir brauchen euch. Zögert nicht, zu ratifizieren, denn wir werden nichts Definitives ohne euch beschließen.

Diese Erwägungen des „Temps" lassen erkennen, mit welchen Sorgen Frankreich dem Frieden entgegensieht. Aus ihnen heraus kann man auch verstehen, weshalb Frankreich nicht an einer Beschleunigung des Friedensschlusses interessiert ist. Trotzdem wird dieser für Frankreich schmerzliche Augenblick sich nicht mehr lange verzögern lassen, denn den Friedenszustand sehnen nicht nur die deutschen, sondern ebenso sehr auch die englischen und amerikanischen Kaufleute herbei.

*

Die Amerikaner am Rhein

Nach dem Pariser Blatt „L'Heure" haben die Engländer dem Fünferrat eine Note überreicht, in der gesagt wird, daß die amerikanischen Streitkräfte den Brückenkopf von Coblenz besetzt hielten, aber die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag von Versailles noch nicht ratifiziert hätten, also auch keinen offiziellen Vertreter in der hohen Kommission haben könnten. Die Note spricht die Ansicht aus, es werde nötig sein, daß der von den Amerikanern besetzte Bezirk in die französischen, englischen und belgischen Bezirke einbezogen wird.

*

Die Uebergabe Brombergs

Nach der „Bromberg. Ostdeutschen Rundschau" dürfte die Uebergabe Brombergs an das polnische Staatswesen voraussichtlich am 17. oder 18. d. M. erfolgen.

*

Das Ende der europäischen Türkei

Die Meldung des „Matin" über die Entfernung der Türken aus Europa wird in der Pariser Presse besprochen. Der „Temps" sagt, jeder wisse, daß Frankreich den Sultan und die türkische Regierung in Konstantinopel hätte belassen wollen. England vertrete die entgegengesetzte These und habe während des Aufenthaltes Clemenceaus in London über den französischen Standpunkt gesiegt.

Saint Brice sagt im „Journal", in London sei zwischen Lloyd George und Clemenceau nichts Grundsätzliches über die Orientfrage festgesetzt worden, und auch in den späteren Unterredungen zwischen Lord Curzon und Berthelot in der letzten Woche habe es sich lediglich um vorbereitende Besprechungen gehandelt. Die französische öffentliche Meinung sei mehr denn je entschlossen, den französischen Grundsatz der Erhaltung des Sultans in Konstantinopel aufrechtzuerhalten und nicht zuzugeben, daß man die Tollheit begehe, Rußland in die Arme Deutschlands zu treiben, indem man ihm für immer den Weg zum Mittelmeer versperre.

Vor einem Generalstreik der Eisenbahner?

Berlin, 2. Januar. (Eig. Drahtbericht.) **In den Eisenbahn-Direktionsbezirken Berlin, Königsberg und Halle haben sich radikale Eisenbahnarbeiter-Versammlungen für den Beginn des Generalstreiks der deutschen Eisenbahner zum 13. Januar ausgesprochen.**

× Frankfurt, 1. Januar. Die hiesigen Vertrauensmänner des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben in einer starkbesuchten Versammlung dem Berliner Zentralvorstande des Deutschen Eisenbahnerverbandes ihr Mißtrauen ausgesprochen, da er eine widerspruchsvolle und unentschiedene Haltung in den Tarifverhandlungen mit der Regierung gezeigt habe. Die Versammlung erklärte sich namens der Frankfurter Eisenbahner nicht mit der vorläufigen Regelung der Tarifsätze vom 2. Januar einverstanden und gab in einer Entschließung bekannt, daß sie bis zur Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage sofort nur unter strikter Beobachtung der für den Eisenbahnbetrieb gültigen Bestimmungen arbeiten könnten. Die Eisenbahner seien, falls die Regierung auf ihrem wenig entgegenkommenden Standpunkt beharre, fest entschlossen, auch von dem äußersten Mittel des Streiks Gebrauch zu machen.

* Berlin, 2. Januar. In der „Deutschen Allgem. Zeitung" wird gesagt, daß der Staat nicht umhin könne, die Gehälter der Staatsbeamten und Staatsangestellten in eine Norm zu bringen, die sich den von ihnen zu tragenden Lasten anpasse. Obwohl dies feststehe, wolle eine Beruhigung nicht eintreten. Wenn aber die Arbeiterschaft wirklich Wert darauf lege, ihre Forderungen sachlich behandelt zu sehen, so müsse sie energisch Stellung nehmen gegen diejenigen, die sie veranlassen wollten, Lohnerhöhungen in Zusammenhang zu bringen mit politischen Schiebungen. Die Eisenbahnbeamtenschaft in Magdeburg hatte recht daran getan, durch ihren Beamtenausschuß erklären zu lassen, sie lehne es ab, an spartakistisch-unabhängigen Machenschaften mitzuwirken.

Zur Bekämpfung der Getreideschieber

* Berlin, 2. Januar. Zu den Klagen, daß größere oder geringere Getreidemengen über die Grenze verschoben werden, um teils im Ausland zu höheren Preisen Absatz zu finden, teils als sogenanntes Auslandsgetreide zu Wucherpreisen nach Deutschland zurückzufließen, hat sich die Reichsgetreidestelle nunmehr veranlaßt gesehen, Maßnahmen zu treffen, um dieser verderblichen Ausfuhr wirksam entgegenzutreten. Zunächst soll der „Deutschen Allg. Zeitung" zufolge im Westen an der alten Zollgrenze des besetzten Gebietes die Zahl der in den Kommunalverbänden schon jetzt tätigen Ueberwachungsbeamten um etwa 500 verstärkt werden. Eine entsprechende Ueberwachung der Küstenplätze, der ostpreußischen, der polnischen, der tschecho-slowakischen und österreichischen Grenze ist gleichfalls geplant. Die Beamten sollen neben auskömmlicher Besoldung durch hohe Prämien in ihrer Tätigkeit interessiert werden. Die erforderlichen Mittel sind beim Reichswirtschaftsministerium beantragt. Eine Anzahl Neueinstellungen derartiger Beamter ist bei der Reichsgetreidestelle bereits erfolgt.

Die Entente gegen den Schleichhandel

Die Durchführung der Ernährungswirtschaft im besetzten Gebiet war für die Reichsregierung von Beginn der Besetzung an mit den größten Schwierigkeiten verknüpft. Sie stieß hierbei nicht nur auf größte Verständnislosigkeit bei den feindlichen Besatzungsbehörden, sondern auch auf den Widerstand zahlreicher gewissenloser Elemente in der Bevölkerung, die sich die eigenartige Lage zunutze machten. So konnte der Schleichhandel mit rationierten Lebensmitteln einen riesigen Umfang annehmen, dessen Folgen sich immer deutlicher in ihrer ganzen Schädlichkeit zeigen. Neuerdings sind die Verhältnisse so unhaltbar geworden, daß jetzt sogar die Entente sich genötigt sieht, dagegen einzuschreiten und die deutsche Regierung in ihrem Bestreben zur Herbeiführung geordneter Zustände zu unterstützen.

Der „Präsident der interalliierten Kommission der Rheingebiete" hat an den deutschen Reichskommissar ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß die Kommission eine Reihe von Maßnahmen beschlossen hat, um die Regelung der deutschen Lebensmittelversorgung zu erleichtern. Die Hilfe der Kommission besteht hauptsächlich in einer energischen Anweisung an die militärischen und zivilen Behörden, alle die Grenze überschreitenden Wege scharf zu überwachen, und an die militärischen Kontrollposten, den Uebergang aller Nahrungsmittel über die Grenze zu verhindern. Die deutschen Zivilbehörden sollen in allen ihren Anforderungen, die sie hinsichtlich der Verstärkung des Kontrollpersonals stellen, unterstützt werden. Die alliierten Behörden werden den deutschen Behörden in der Ausführung aller erforderlichen Maßnahmen ihre Hilfe leihen.

Es ist zu hoffen, daß man auf diese Weise endlich zu einigermaßen geregelten Zuständen in dem besetzten Gebiet gelangt.

Verschärfte Grenzkontrolle

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist in Holland die Kontrolle für die aus Deutschland kommenden Eisenbahnzüge sehr verschärft worden, um das Eindringen bolschewistischer Elemente zu verhindern.

Hilfe für Wien

Berlin, 2. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In London sind zur Hilfe für die bedrängten Wiener 90000 Pfund Sterling gesammelt worden, was heute 54 Millionen Kronen bedeutet. In Italien sind die ersten Wiener Kinder eingetroffen. Sie werden an die Riviera gebracht und sind auf der Reise von den Eisenbahnern usw. in herzlichster Weise beschenkt worden. Daneben geht das Hilfswerk der Neutralen und das schon bald segensvoll gewordene Getreidelager in Triest in Bewegung gesetzt.

Briefe Wilhelms II. an Nikolaus

Berlin, 2. Januar. Die „Voss. Zeitung" veröffentlicht die Briefe Kaiser Wilhelms II. an den Zaren Nikolaus II., die demnächst auch in Frankreich gedruckt werden sollen. Durch diese Vorwegnahme der Veröffentlichung in Deutschland wird einer allzu einseitigen Ausdeutung der Briefe in Frankreich vorgebeugt. In einem der Briefe, datiert vom 25. September 1895, macht der Kaiser auf die „gelbe Gefahr" aufmerksam. Weiter müsse „besonderer Nachdruck auf den vereinigten Widerstand aller europäischen Mächte gelegt werden gegen Anarchismus, Republikanismus und Nihilismus". Der Kaiser macht dann weiter aufmerksam, daß das Budget-Komitee der französischen Deputiertenkammer über das militärische Budget beantragt habe, drei Korps (Algier und Tunis) heimzuberufen und ein neues kontinentales Korps an der deutschen Westgrenze zu bilden. Dieses Projekt habe in Deutschland ein tiefes Gefühl der Beunruhigung hervorgerufen. Wie französische Zeitungen erzählten, sei die „Grenzarmee" für den ersten Vorstoß auf Deutschland im Revanchekrieg bestimmt. „Es ist schon vier Korps stark, gegen meine zwei." Das in Aussicht genommene Korps würde die ohnehin überstarken französischen Kräfte auf fünf Korps erhöhen und bildet eine Bedrohung, sowie eine ernste Gefahr für mein Land. Eine so ernste Gefahr wird mich veranlassen, meine Armee stark zu vermehren, damit ich in der Lage bin, es mit einem so schrecklichen Uebergewicht aufzunehmen."

Der Kaiser spricht sich dann gegen die Anwesenheit russischer Offiziere und höherer Beamten in amtlicher Eigenschaft in Frankreich aus, die die leichtentzündlichen Franzosen zur Weißglühhitze entfachen und die Sache des Chauvinismus und der Revanche kräftigen. „Wenn Frankreich mitten im Frieden alle regulären internationalen Höflichkeiten und den Frieden verletzt, dann wirst Du Dich eines schönen Tages in den schrecklichsten Krieg verwickelt, den Europa je erlebt hat. Einen Krieg, für den die Massen und die Geschichte vielleicht Dich als den Urheber verantwortlich machen werden. Ich halte es für meine Pflicht, Dir dies zu schreiben, da die Abgeschlossenheit und Zurückgezogenheit, welche Dir durch die tiefe Trauer auferlegt sind, es Dir unmöglich machen, unter Menschen zu gehen und den einzelnen dem zu folgen, was sich hinter den Kulissen abspielt. Laß Deinen Leuten, die nach Frankreich gehen, den Franzosen nicht den Glauben beibringen, Du seiest ihr Verbündeter. Laß sie nicht rücksichtslos werden und ihnen die Köpfe verdrehen, bis sie sie verlieren und wir dann in Europa anstatt für Europa gegen den Osten kämpfen müssen. Denk' an die furchtbare Verantwortung für das entsetzliche Blutvergießen."

Ein weiterer Brief, datiert Neues Palais, Potsdam, 25. Oktober 1895, beschäftigt sich mit „Republikanismus und Monarchismus" in Frankreich. „Das beständige Erscheinen von Fürsten, Großfürsten, Staatsmännern, Generalen „in vollem Wichs" bei Revuen usw., Zusammenkommen mit dem Hauch der Republik Frankreich oder in seiner Umgebung macht die Republikaner als solche glauben, sie seien ganz ausgezeichnete Leute, bei denen Fürsten verkehren und sich zu Hause fühlen können. Du stehst die Monarchisten in bester Eintracht mit den Revolutionären. Wir können gute Beziehungen zur Republik Frankreich unterhalten, aber niemals intim mit ihr verkehren (!)."

In einem weiteren Briefe nach der bekannten „Krüger-Depesche", worin Kaiser Wilhelm den Präsidenten von Transvaal zum Siege beglückwünschte und in der die englische Presse eine ungehörige Einmischung in die Beziehungen Englands zu Transvaal sehen wollte, schreibt der Kaiser: „Ich habe (da die Transvaal-Republik von der englischen Presse angegriffen wurde) eine sehr ernste Sprache in Frankreich geführt und Verbindung mit Paris zur gemeinsamen Verteidigung unsrer gefährdeten Interessen hergestellt." Der Kaiser spricht dann die Hoffnung aus, daß der Zar diese Frage freundlich in Erwägung ziehe, denn es handle sich um den Grundsatz der Aufrechterhaltung einmal geschlossener Verträge. „Ich hoffe, es wird alles wieder zurecht kommen. Aber komme, was da will. Ich werde niemals den Engländern erlauben (!), Transvaal zu unterdrücken."

* *

Die „Friedensbedingungen des Zaren"

„Humanité" veröffentlicht nach den „Chicago Daily News" vom 3. November einen Bericht von Isaac von Lewin, den er von Berlin aus seinem Blatt übermittelt hat. Es handelt sich um den dritten Teil einer Depesche vom 21. November 1914, die der französische Botschafter Paléologue abgesandt hat und in der die Friedensbedingungen wiedergegeben sind, die Zar Nikolaus auf Anraten seines Ministers für auswärtige Angelegenheiten Sasonow ausgearbeitet hat. „Humanité" erklärt, durch diese Enthüllungen sei bewiesen, daß die Friedenskonferenz in Paris nach dem Diktat dieses Diplomaten gehandelt habe. In der Depesche sei gesagt: Oesterreich-Ungarn könne kaum bestehen bleiben. Böhmen werde seine Unabhängigkeit verlangen, so daß Oesterreich nur noch das deutsche Tirol und das Land Salzburg behalten werde. Was Deutschland betreffe, so wolle Rußland das ehemalige Polen und einen Teil von Ostpreußen annektieren. Frankreich sollte Elsaß-Lothringen zurückerhalten und sich vielleicht auch noch der Rheinprovinz anschließen. Belgien müsse in der Richtung nach Aachen zu einen bedeutenden Landzuwachs erhalten. Frankreich und England müßten sich in die deutschen Kolonien teilen und schließlich müsse Schleswig-Holstein und die Zone des Kieler Kanals Dänemark zugesprochen werden.

Paléologue hätte in der Unterredung, in der der Zar dieses Programm entwickelt habe, erklärt, er glaube, daß Delcassé in allen Punkten mit dem Zaren einverstanden sei; er habe dann den Zaren gefragt, was mit Hannover geschehen solle, der darauf erwidert hätte, wenn man einen kleinen freien Staat zwischen Preußen und Westeuropa schiebe, dann verstärke man den Frieden. Der Zar habe wörtlich hinzugesetzt: „Unsre Handlungen werden von der Geschichte nur unter der Bedingung gebilligt werden, wenn sie von einem höheren Ideal inspiriert werden, nämlich dem Gedanken, für sehr lange den Frieden der Welt sicherzustellen." Der französische Botschafter habe darauf gefragt: „Das würde also das Ende des Deutschen Reichs bedeuten?" Hier breche das Telegramm zunächst ab. Nun habe Paris das Wort. „Humanité"

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200103/1